

# Wochenbericht

## Inflation mittelfristig auf höherem Niveau

Seite 266

Die Preissteigerungen von etwa 2,6 Prozent in diesem Jahr werden sich 2009 wahrscheinlich auf zwei Prozent reduzieren. Dennoch bleiben sie deutlich über dem Trend der letzten 15 Jahre, der bei 1,5 Prozent liegt. Zwischen Haushaltstypen oder -einkommensklassen ergeben sich keine großen Unterschiede.

von Christian Dreger und Stefan Kooths

## „Bleibt die Inflation über dem bisherigen Trend?“

Seite 267

Fünf Fragen an Christian Dreger

## Gegen die hohen Energiepreise hilft nur Unabhängigkeit vom Öl

Seite 276

von Claudia Kemfert

Christian Dreger  
cdreger@diw.de

Stefan Kooths  
skooths@diw.de

## Inflation mittelfristig auf höherem Niveau

*Von der Preisentwicklung geht derzeit ein erhebliches Risiko für die weitere wirtschaftliche Entwicklung aus. Die Teuerungen bei Lebensmitteln und Energie haben die Kaufkraft der Arbeitnehmer reduziert und dämpfen auf diese Weise die Erholung des privaten Verbrauchs, auf der die konjunkturellen Perspektiven in diesem und im nächsten Jahr beruhen. In der aktuellen Entwicklung der Verbraucherpreise schlagen sich immer noch frühere Preisschocks, vor allem im Energiebereich, nieder, da sich die Überwälzung zum Endverbraucher nur allmählich vollzieht. Mit der fortschreitenden Verarbeitung dieser Schocks dürfte sich die Inflationsrate im weiteren Verlauf wieder zurückbilden. Während in diesem Jahr noch mit Preissteigerungen um 2,6 Prozent zu rechnen ist, dürfte die Teuerung 2009 wieder auf Raten um zwei Prozent sinken. Trotz dieses Rückgangs bleibt die Inflation auch längerfristig über dem Durchschnitt der letzten 15 Jahre von ungefähr 1,5 Prozent.*

*Die Erhöhung der Lebenshaltungskosten dürfte sich für die unterschiedlichen Einkommensklassen trotz abweichender Konsumgewohnheiten mehr oder weniger ähnlich entwickeln. Bezieher niedriger Einkommen müssen sich aber in diesem Jahr auf eine leicht überdurchschnittliche Inflationsrate einstellen, da bei ihnen der Anteil der Produkte mit starker Preissteigerung an den Gesamtausgaben relativ hoch ist. Einzelne Haushaltstypen (Alleinstehende, Alleinerziehende und Familien mit mehreren Kindern) werden von der zu erwartenden Teuerung weitgehend in gleicher Weise betroffen sein.*

Im Jahr 2007 hat sich der Index der Verbraucherpreise mit einer Jahresrate von 2,3 Prozent erhöht. Dies war die stärkste Zunahme seit fast 15 Jahren. Im März 2008 stiegen die Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr sogar um 3,1 Prozent. Die Großhandelspreise haben mit 7,1 Prozent noch deutlich kräftiger zugelegt, sie weisen aber grundsätzlich stärkere Schwankungen auf als die Endverbraucherpreise. In diesem Jahr wird die Inflation relativ hoch bleiben. Davon kann ein erhebliches Risiko für die Konjunktur ausgehen, wenn Haushalte mit hoher Ausgabenneigung besonders betroffen sind.

Auch in der Weltwirtschaft insgesamt hat die Inflation inzwischen spürbar angezogen. Sie kletterte im Euroraum im März auf 3,6 Prozent. Dieser Wert liegt erheblich über der Marke, die von der Europäischen Zentralbank noch als tolerabel betrachtet wird. In den USA wurden zuletzt trotz der empfindlichen konjunkturellen Abkühlung Inflationsraten von rund vier Prozent verzeichnet. Der Inflationsdruck nimmt derzeit besonders in den aufstrebenden Schwellenländern zu, die ihre Währung an den US-Dollar gebunden oder bisher nur wenig aufgewertet haben. So sind in China und in den meisten Ländern Südostasiens Preissteigerungsraten um acht Prozent zu beobachten. Dies verteuert auch Produkte und Vorleistungen, die Deutschland aus diesen Ländern bezieht. Allerdings wirkte zuletzt die starke Aufwertung des Euro dem Inflationsimport entgegen.

### **Kerninflation kann Preisdruck unterzeichnen**

Haupttreiber der Inflation sind länderübergreifend die anziehenden Lebensmittel- und Energiepreise. So liegt die Teuerungsrate gegenwärtig in Deutschland, im Euroraum und in den USA

## Fünf Fragen an Christian Dreger

### Bleibt die Inflation über dem bisherigen Trend?

**Herr Dr. Dreger, für 2008 rechnen Sie mit einer Inflationsrate um 2,6 Prozent. Rechnen Sie auch in Zukunft mit einer überdurchschnittlichen Inflationsrate?**

In diesem Jahr bleibt die Inflation relativ hoch. Sie wird sich aber ab der zweiten Jahreshälfte leicht zurückbilden. Insgesamt werden wir auf eine Inflationsrate von 2,6 Prozent kommen, im nächsten Jahr wird sie etwas zurückgehen. Aber die niedrigen Inflationsraten der letzten 10 oder 15 Jahre werden wir wohl nicht wieder erreichen.

**Welche Rolle spielen die enormen Preissteigerungen im Lebensmittel- und Energiebereich? Handelt es sich hier um einen langfristigen Trend?**

Lebensmittel machen etwas über zehn Prozent der Verbrauchsausgaben aus und die Energiepreise spielen zum Beispiel in den Bereichen Wohnen und Verkehr eine Rolle. Beides ist wesentlich für die Entwicklung des Verbraucherpreisindex. Wir müssen uns vor allem auf längerfristig steigende Energiepreise einstellen. Die werden aber nicht das Tempo vorlegen, wie sie im Jahr 2007 gestiegen sind. Im Moment ist die Preisentwicklung teilweise durch die vergangenen Preisschocks geprägt, die im Preissystem noch nicht vollständig verarbeitet sind. So werden die Energiepreise beispielsweise erst verspätet in den Wohnnebenkosten weitergegeben.

**Trotz steigender Preise gab es in den letzten Monaten immer wieder Meldungen, die Deutschen würden wieder mehr konsumieren. Können Sie das bestätigen?**

Das zeigen auch unsere Indikatoren, und das ist auch zu erwarten, wenn man die konjunkturelle Entwicklung analysiert. Wir haben seit einigen Jahren einen erheblichen Aufschwung in der Beschäftigung, außerdem haben wir in diesem Jahr erstmals wieder Reallohnsteigerungen.

Beides erhöht das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte und das sollte auch dem privaten Konsum zugutekommen.

**Wie wirkt sich die Inflation auf unterschiedliche Einkommensgruppen aus?**

Verschiedene Einkommensgruppen haben unterschiedliche Ausgabenanteile nach Gütern. Beispielsweise haben Bezieher niedrigerer Einkommen höhere Ausgabenanteile für Wohnen und Lebensmittel, deshalb ist diese Gruppe in diesem Jahr auch etwas stärker von der Inflation betroffen. Auf der anderen Seite haben sie weniger Ausgaben für Verkehr, da sind sie etwas weniger von der Inflation betroffen. Im Ergebnis gibt es einen Unterschied von 0,2 Prozentpunkten in der Inflationsrate. Die Unterschiede sind aber nicht systematisch, im nächsten Jahr gleicht sich das wieder aus.

**Welches Fazit ziehen Sie aus Ihren Untersuchungen?**

Ein wichtiges Fazit ist, dass die Inflation im Trend über dem liegen wird, was wir aus den letzten zehn bis 15 Jahren gewohnt sind. Das dämpft die Kaufkraft der Verbraucher. Allerdings werden sich die Preissteigerungen im Lebensmittel- und Energiebereich auch wieder zurückbilden. Durch die

jüngste Erhöhung haben die Lebensmittelpreise zur allgemeinen Preiserhöhung aufgeschlossen. Ohne diese Inflation bei den Lebensmitteln wären die Lebensmittelpreise erheblich hinter der allgemeinen Preisentwicklung zurückgeblieben. Zum Gegensteuern seitens der Politik sehen wir im Moment keinen Bedarf, denn wir befinden uns nach wie vor im konjunkturellen Aufschwung. Wir haben jetzt einen Anstieg der Inflation, der wird sich aber aller Wahrscheinlichkeit nach schon im laufenden Jahr zurückbilden. Aber: Die niedrige Inflation der letzten zehn, fünfzehn Jahre wird es nicht mehr geben.

» Die niedrige Inflation der letzten zehn, fünfzehn Jahre wird es nicht mehr geben. «



Dr. habil. Christian Dreger  
Leiter der  
Konjunkturabteilung  
am DIW Berlin

Das Gespräch führte  
Erich Wittenberg.

Das Interview zum  
Anhören finden Sie auf  
[www.diw.de](http://www.diw.de)

nur bei ungefähr zwei Prozent, wenn man die Preisentwicklung für diese Güter herausrechnet. Ein solches Konzept liegt der sogenannten Kerninflationsrate zugrunde. Dahinter steht die geldpolitische Vorstellung, dass Preisänderungen weniger Beachtung finden sollten, wenn deren Ursachen vorübergehender Natur sind (zum Beispiel erntebedingte kurzfristige Schwankungen von Agrarpreisen) oder auf außenwirtschaftliche Störungen zurückzuführen sind, auf die das Inland und insbesondere die inländische Zentralbank keinen Einfluss hat (zum Beispiel Preisschocks bei importierten Energieträgern). Sind die Teuerungsraten bei Nahrungsmitteln jedoch dauerhafter Natur, so führt das Konzept der Kerninflationsrate zur Unterschätzung der relevanten Inflationsentwicklung. Bei globaler Betrachtung kann auch die Herausrechnung der Energiepreisentwicklung problematisch sein, weil dadurch im Ergebnis weltweit ein zu hohes Inflationsniveau toleriert würde.

Tatsächlich haben die anziehenden Lebensmittel- und Energiepreise zum großen Teil strukturelle Ursachen. So ist mit der Integration der Schwellenländer in die Weltwirtschaft und der wachsenden Weltbevölkerung die Nachfrage nach Energie und Lebensmitteln insgesamt gestiegen. Beide Bereiche sind zudem miteinander verbunden. Höhere Energiepreise verteuern die Produktion von Lebensmitteln und vergrößern das Ausmaß der Nutzung von Landwirtschaftsflächen für die Energieerzeugung. Dadurch reduziert sich die Lebensmittelproduktion, so dass ein zusätzlicher Preisdruck entsteht. Diese Trends dürften

sich im Grundsatz auch über einen längeren Zeitraum hinweg fortsetzen, allerdings gibt es Gegenbewegungen.

In den nächsten Jahren wird sich die Teuerung etwas verlangsamen, wenngleich die niedrigen Inflationsraten, die von Mitte der 90er Jahre an beobachtet wurden, nicht wieder erreicht werden dürften. Die Ölpreise, die wesentlich die Energiepreisentwicklung bestimmen, dürften auf kurze Sicht aufgrund der etwas schwächeren Gangart der Weltkonjunktur nicht mehr deutlich steigen oder gegen ihren langfristigen Trend sogar leicht nachgeben. Außerdem dürfte sich der Preisauftrieb auch im Lebensmittelsektor allmählich verlangsamen. Aktuell sind die Preise für Molkereiprodukte sogar rückläufig, nachdem die Produktion in Erwartung höherer Absatzerlöse ausgedehnt wurde. Mit der jüngsten Erhöhungswelle wurden die Lebensmittelpreise zumindest in Deutschland an die allgemeine Entwicklung angepasst. Die Verbraucherpreise sind seit 1995 um rund 23 Prozent gestiegen, und die Preise von Nahrungsmitteln haben inzwischen mit etwa 20 Prozent weitgehend aufgeschlossen. Dies ist aber maßgeblich auf die Entwicklung im vergangenen Jahr zurückzuführen. Zuvor sind die Nahrungsmittelpreise deutlich hinter der allgemeinen Teuerung zurückgeblieben.

Schwer einzuschätzen bleibt, wie stark der Rückgang der Inflation ausfallen wird. Obwohl die unmittelbar preistreibenden Effekte nachlassen, setzt sich die Inflation aufgrund von verzögerten Anpassungen im Preissystem zunächst noch fort.

### Inflationsmodell

Im Modell wird die Inflationsentwicklung für verschiedene Güterkategorien des Warenkorbs vorhergesagt, der der Berechnung des Verbraucherpreisindex zugrunde liegt. Im einzelnen werden Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren, Bekleidung und Schuhe, Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung, Innenausstattung und Haushaltsgeräte, Gesundheitspflege, Verkehr, Nachrichtenübermittlung, Freizeit, Unterhaltung und Kultur, Bildungswesen, Beherbergungs- und Gaststättengewerbe sowie andere Waren und Dienstleistungen betrachtet.

Die Inflationsentwicklung in den Güterkategorien wird durch zwei Variablengruppen erklärt. Eine Gruppe enthält die gemeinsamen Faktoren, die die allgemeine Inflations-tendenz und die Interdependenzen zwischen den Märkten beschreiben. Diese werden aus den Inflationsraten

für die einzelnen Güterkategorien, den Produzenten- und Großhandelspreisen, durch eine Hauptkomponentenanalyse bestimmt. In das Modell gehen die ersten drei Faktoren ein, die zusammen etwas weniger als 50 Prozent der Inflationsvariation beschreiben. Dies weist auf eine ausgesprochen heterogene Inflationsentwicklung auf den einzelnen Märkten hin. Als zweite Gruppe sind kategoriespezifische Bestimmungsgrößen heranzuziehen, die durch autoregressive Terme erfasst werden.

Für jede Güterkategorie wird eine separate Inflationsgleichung geschätzt, in die neben der verzögerten Inflationsentwicklung die gemeinsamen Faktoren eingehen. Die Vorhersage der Faktoren erfolgt durch ihre Anbindung an weltwirtschaftliche Determinanten, wie etwa Ölpreise und Wechselkurse, die im Prognosezeitraum exogen sind.

Zum Beispiel passen Gasversorgungsunternehmen ihre Preise erst nach und nach an das höhere Niveau der Ölpreise an. Die Energieverteuerung schlägt sich in den Wohnnebenkosten nur verzögert nieder. Diese haben bisher im Durchschnitt nur moderat angezogen, ihre Zunahme lag in den letzten zwei Jahren bei insgesamt etwas über zwei Prozent.

### Ausgabenprofil prägt individuelle Teuerungsrate

Für die gesamtwirtschaftliche Teuerungsrate ist jedoch nicht nur die Preisentwicklung einzelner Güter entscheidend, sondern auch, wie hoch deren Gewicht im Verbraucherpreisindex ist. Bei der Berechnung des Index werden die Güter mit ihren Ausgabenanteilen gewichtet, die für den durchschnittlichen Konsumenten gelten. Demnach verändert sich die gemessene durchschnittliche gesamtwirtschaftliche Preisentwicklung nicht nur mit Preisänderungen einzelner Güter, sondern zeitversetzt auch mit der Veränderung des durchschnittlichen Kaufverhaltens. Aktuell entfallen gut 30 Prozent der Konsumausgaben auf Güter der Kategorie Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung. Damit wird gegenwärtig ein etwas größerer Teil des Einkommens für die Wohnung verausgabt als noch vor zehn Jahren (27 Prozent). Dagegen hat sich der Anteil der Ausgaben für Lebensmittel (einschließlich alkoholischer Getränke und Tabakwaren) in der Tendenz rückläufig entwickelt. Während 1995 noch 17 Prozent auf diese Ausgabenkategorie entfielen, sind es heute nur noch etwas mehr als 14 Prozent. Damals hätten also steigende Lebensmittelpreise etwas mehr zur Inflation beigetragen. Trotz des insgesamt eher geringen Anteils der Lebensmittelausgaben haben die Lebensmittelpreise aufgrund der sehr hohen Kauffrequenz für die Haushalte eine prominente Signalfunktion. Dies kann dazu führen, dass die so genannte „gefühlte“ Inflationsrate in Zeiten stärkerer Preiserhöhungen im Lebensmittelhandel deutlich von der amtlich gemessenen allgemeinen Teuerungsrate abweicht.

Darüber hinaus ist zu beachten, dass sich die von der amtlichen Statistik berichtete Teuerung nicht ohne Weiteres auf die individuelle Situation übertragen lässt, wenn der Haushalt ein Ausgabenprofil hat, das nicht dem des durchschnittlichen Konsumenten entspricht. Einzelne Haushaltstypen können somit unterschiedlich von der Inflation betroffen sein, da sich ihre Ausgabenanteile zum Teil erheblich unterscheiden (Tabelle 1).

Um die jeweiligen Effekte transparent zu machen, hat das DIW Berlin ein ökonometrisches Modell

Tabelle 1

### Ausgabenanteile nach Haushaltseinkommen

In Prozent

	Lebensmittel	Wohnung	Verkehr
Niedrige Einkommen <sup>1</sup>	15,0	43,8	8,6
Hohe Einkommen <sup>2</sup>	11,6	27,1	14,9
Gütergewicht im Verbraucherpreisindex <sup>3</sup>	14,3	30,8	13,2

<sup>1</sup> Haushaltsnettoeinkommen bis zu 1300 Euro.<sup>2</sup> Haushaltsnettoeinkommen über 5000 Euro.<sup>3</sup> Das Gütergewicht im VPI leitet sich aus den Ausgabenanteilen eines Durchschnittshaushalts ab, Basis 2005.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Laufende Wirtschaftsrechnungen 2005; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

zur Beschreibung und Prognose des Anstiegs der Verbraucherpreise entwickelt. Darin wird die Inflation mittels eines Bottom-up-Ansatzes vorhergesagt (Kasten). Zunächst wird die Teuerung auf der Ebene der Güterkategorien bestimmt. Danach wird die gesamtwirtschaftliche Inflationsrate durch Aggregation der Preisentwicklung über alle Güterkategorien berechnet.

Durch Gewichtung der Preisentwicklung der Güterkategorien mit den jeweiligen Ausgabenanteilen kann die Inflation auch für einzelne Haushaltsgruppen vorhergesagt werden. Damit wird zum Beispiel untersucht, ob bestimmte Einkommensklassen besonders von der Inflation betroffen sind. Das Inflationsmodell wurde in einer vereinfachten Form bereits bei der Frühjahrsprognose des DIW Berlin eingesetzt. Unter der zum damaligen Zeitpunkt bekannten Entwicklung wurden Inflationsraten von 2,6 Prozent für 2008 und 1,8 Prozent für 2009 vorhergesagt.

Für die vorliegende Studie ist das Modell in mehrfacher Hinsicht erweitert worden. Zum einen ist inzwischen die Entwicklung im März bekannt, so dass die Prognose auf einer breiteren Datengrundlage beruht. Zum anderen werden die Ausgabenanteile nicht mehr auf Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)<sup>1</sup>, sondern aus den laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR)<sup>2</sup> ermittelt. Die EVS zeichnet ein sehr ausführliches Bild, wird jedoch nur etwa alle fünf Jahre erhoben. Die letzte Stichprobe bezieht sich auf die Konsumgewohnheiten des Jahres 2003. Die in jährlichem Turnus durchgeführten LWR sind zwar im Vergleich zur EVS weniger differenziert. Dies spielt aber hier nur eine untergeordnete Rolle. Letztlich werden nur die Gütergewichte be-

<sup>1</sup> Einkommens- und Verbrauchsstichprobe – Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte. Statistisches Bundesamt, Wirtschaftsrechnungen, Fachserie 15, Heft 4, Wiesbaden 2007.<sup>2</sup> Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte. Statistisches Bundesamt, Laufende Wirtschaftsrechnungen, Fachserie 15, Reihe 1, Wiesbaden 2007.



nötigt, die auf der Ebene der Ausgabenkategorien auch in den LWR vorliegen. Die letzte LWR wurde im Herbst 2007 veröffentlicht, sie beschreibt die Konsumverhältnisse des Jahres 2005.

### Teuerung trifft verschiedene Bevölkerungsgruppen relativ gleichmäßig

Die Ausgabenkategorien mit der größten Bedeutung sind Lebensmittel, Wohnung und Verkehr. Zusammen haben sie einen Anteil an den Gesamtausgaben der Haushalte von rund 60 Prozent. Dabei gibt es aber je nach Haushaltsgruppe deutliche Unterschiede.

Nach Einkommensverhältnissen unterschieden stellt man fest, dass das Gewicht von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren bei den Beziehern niedriger Einkommen mit einem Budget von bis zu 1300 Euro bei 15 Prozent liegt, während die Haushalte mit einem Einkommen von mehr als 5000 Euro nur 11,6 Prozent für diese Güter ausgeben. Entsprechend dürften bei einem Anstieg der Lebensmittelpreise untere Einkommensgruppen etwas stärker betroffen sein. Eine analoge Beobachtung ergibt sich für die Kategorie Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung. Bei den Verkehrsausgaben zeigt sich ein umgekehrtes Bild. Hier haben hoch Verdienende über dem Durchschnitt liegende Ausgabenanteile.

Im Lebensmittelbereich dürften sich die hohen Preissteigerungen zunächst fortsetzen (Abbildung 1). Auch die Teuerung der wohnbezogenen Ausgaben wird im laufenden Jahr auf einem hohen Niveau bleiben. Dagegen dürfte die Inflationsrate für Verkehrsausgaben tendenziell zurückgehen. Dies hängt damit zusammen, dass die höheren Ölpreise vergleichsweise rasch in die Benzinpreise überwälzt werden.

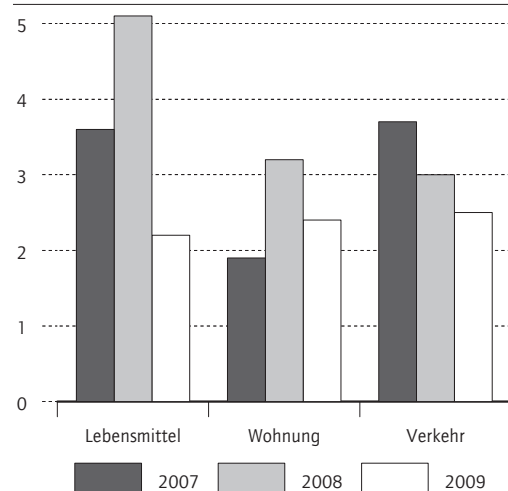
Mit diesen Informationen lassen sich spezifische Inflationsraten für verschiedene Bevölkerungsgruppen (etwa nach Einkommensklassen, Erwerbsstatus oder Haushaltsgröße) bestimmen. So zeigt Abbildung 2 die Ergebnisse für Haushalte mit niedrigen (unter 1300 Euro) im Vergleich zu solchen mit hohen (über 5000 Euro) Einkommen. Ausgewiesen wird auch die durchschnittliche Verbraucherpreisentwicklung. Insgesamt dürfte die Inflation der Verbraucherpreise in diesem Jahr bei 2,6 Prozent liegen. Im nächsten Jahr werden es voraussichtlich zwei Prozent sein.

Nach dem Ergebnis der Modellrechnungen wird sich der Abbau der Inflation bei allen drei Indizes eher zäh gestalten. Insbesondere in der ersten Jahreshälfte bleiben die Steigerungen des Ver-

Abbildung 1

### Inflationsraten nach Güterkategorien

In Prozent



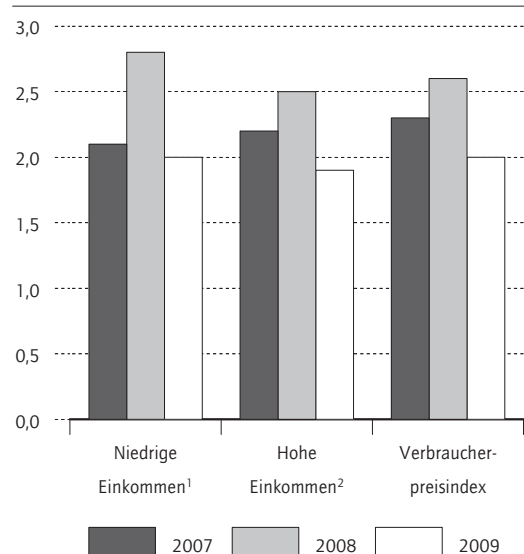
Quellen: Statistisches Bundesamt;  
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Abbildung 2

### Inflationsraten nach Haushaltseinkommen

In Prozent



<sup>1</sup> Haushaltsnettoeinkommen bis zu 1300 Euro.

<sup>2</sup> Haushaltsnettoeinkommen über 5000 Euro.

Quellen: Statistisches Bundesamt;  
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

braucherpreisindex hoch, so dass in der Jahresrate kein Rückgang erkennbar ist. Erst 2009 dürfte die Inflation im Schnitt wieder unter der 2-Prozent-Marke liegen. Wenn auch die Haushalte mit niedrigen Einkommen im laufenden Jahr etwas stärker von der Teuerung betroffen sind, sind Inflationsdifferenzen zwischen den Einkommensklassen insgesamt vernachlässigbar.

Unterscheidet man die Haushalte nach ihrer Zusammensetzung, so stellt man ebenfalls nur sehr geringe Abweichungen vom gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt fest (Tabelle 2 und Abbildung 3). Diese Berechnung bestätigt nicht, dass Mehrkinderfamilien von der derzeitigen Inflationsentwicklung deutlich stärker betroffen seien als der Rest der Bevölkerung.<sup>3</sup> Ähnlich geringe Inflationsdifferenzen ergeben sich auch, wenn man die Haushalte nach ihrem Erwerbsstatus unterscheidet.

## Fazit

Für dieses Jahr ist mit relativ stark steigenden Verbraucherpreisen zu rechnen. Damit setzt sich der inflatorische Trend aus dem Vorjahr noch fort. Die Entwicklung wird im Wesentlichen durch weltwirtschaftliche Bedingungen hervorgerufen, die zu deutlichen Preissteigerungen bei Lebensmitteln und Energie führen. Damit hat sich der Verteilungsspielraum nicht erhöht, so dass aus der Zunahme der Inflation kein Argument für einen Nachschlag bei den Lohnabschlüssen folgt. Dies würde nur dem Entstehen von Lohn-Preis-Spiralen Vorschub leisten, die sich negativ auf die realwirtschaftliche Entwicklung auswirken. Die aktuell hohe Inflation ist zum großen Teil auch darauf zurückzuführen, dass die Preisschocks des letzten Jahres noch nicht vollständig verarbeitet sind. Dies gelingt im weiteren Verlauf zusehends, so dass sich die Inflation von der zweiten Jahreshälfte an wieder zurückbilden wird. Im nächsten Jahr ist dann wieder von einer Preissteigerung um zwei Prozent auszugehen. Die niedrigen Inflationsraten der letzten 15 Jahre von ungefähr 1,5 Prozent werden auf absehbare Zeit aber nicht mehr erreicht.

Obwohl sich die Ausgabenstruktur unterschiedlicher Haushalte unterscheidet, sind die Differen-

<sup>3</sup> Zu einem solchen Ergebnis gelangten jüngst Berechnungen von H. W. Brachinger. Vgl. hierzu Presseerklärung des WDR unter [www.presseportal.ch/de/meldung/100560489/](http://www.presseportal.ch/de/meldung/100560489/).

Tabelle 2

### Ausgabenanteile nach Haushaltstypen

In Prozent

	Lebensmittel	Wohnung	Verkehr
Alleinlebende	11,5	38,3	11,2
Alleinerziehende	14,8	36,8	10,4
Paare mit 3 und mehr Kindern	15,5	30,9	14,2

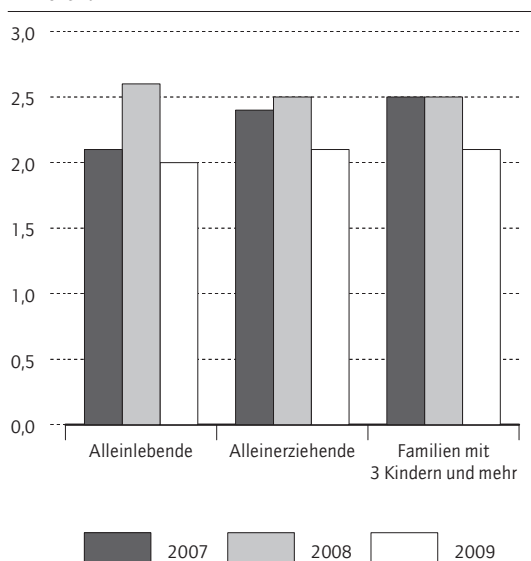
Quellen: Statistisches Bundesamt, Laufende Wirtschaftsrechnungen 2005; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Abbildung 3

### Inflationsraten nach Haushaltstypen

In Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

zen in den haushaltsindividuellen Inflationsraten nur gering. So werden zwar Niedrigeinkommensbezieher relativ stärker von den steigenden Ausgaben für Lebensmittel und Wohnung belastet. Dagegen sind jedoch zum Beispiel geringere Ausgabenanteile für Verkehr zu rechnen, so dass die Inflationserwartung per Saldo praktisch dem Durchschnitt entspricht.

**JEL Classification:**  
E31, D31, E27

**Keywords:**  
Consumer prices,  
Purchasing power,  
Forecasting

Michael Broer

**Konzessionsabgaben und Länderfinanzausgleich: Probleme und Lösungsansätze der Einbeziehung der kommunalen Konzessionsabgaben in den Länderfinanzausgleich am Beispiel der Stadtstaaten**

Local authorities charge supply companies with concession dues on gas, water and electricity (Konzessionsabgaben), which are similar to some local taxes (local business tax, real property tax). These taxes have already been included in the fiscal equalization system and in the future concession dues should be treated alike. Its importance in revenue terms is an additional reason for this: concession dues amount to 1.8 bl. € compared to real property tax of type A of 0.3 bl. If concession dues are treated as mentioned above, payments in the fiscal equalization system may be strategically manipulated. First concession dues and their effects of the payments in the fiscal equalization system will be described. Then I will have a look at the aforementioned strategic policy and its effects on the payments and the arrangements to contain this strategic policy, which is exemplified by the so called city-states (Stadtstaaten).

**Discussion Paper No. 766**

Februar 2008

Laszlo Goerke, Markus Pannenberg

**Risk Aversion and Trade Union Membership**

In an open-shop model of trade union membership with heterogeneity in risk attitudes, a worker's relative risk aversion can affect the decision to join a trade union. Furthermore, a shift in risk attitudes can alter collective bargaining outcomes. Using German panel data (GSOEP) and three novel direct measures of individual risk aversion, we find evidence of a significantly positive relationship between risk aversion and the likelihood of union membership. Additionally, we observe a negative correlation between bargained wages in aggregate and average risk preferences of union members. Our results suggest that an overall increase in risk aversion contributes to wage moderation and promotes employment.

**Discussion Paper No. 770**

Februar 2008

Thomas Dohmen, Hartmut Lehmann, Mark E. Schaffer

**Wage Policies of a Russian Firm and the Financial Crisis of 1998: Evidence from Personnel Data – 1997 to 2002**

We use a rich personnel data set from a Russian firm for the years 1997 to 2002 to analyze how the financial crisis in 1998 and the resulting change in external labor market conditions affect the wages and the welfare of workers inside a firm. We provide evidence that large shocks to external conditions affect the firm's personnel policies, and show that the burden of the shock is not evenly spread across the workforce. The firm takes advantage of a high-inflationary environment and of a fall in workers' outside options after the financial crisis and cuts real wages. Earnings are curbed most for those who earned the highest rents, resulting in a strong compression of real wages. The fact that real wages and real compensation levels never recovered to pre-crisis levels even though the firm's financial situation was better in 2002 than before the crisis and the differential treatment of employee groups within the firm can be taken as evidence that market forces strongly influence the wage policies of our firm.

**Discussion Paper No. 771**

Februar 2008



Martin Diewald, Karl Ulrich Mayer

**The Sociology of the Life Course and Life Span Psychology:  
Integrated Paradigm or Complementing Pathways?**

The psychology of the life span and the sociology of the life course share the same object of scientific inquiry – the lives of women and men from birth to death. Both are part of an interdisciplinary field focused on individual development and life course patterns which also includes social demography and human capital economics. However, a closer look shows that life span psychology and life course sociology now to stand further apart than in the seventies. In this paper we reassess how this divergence can be understood in terms of necessary and legitimate strengths of both approaches, as well as avoidable weaknesses which could be overcome in the future by more re-combination and integration.

**Discussion Paper No. 772**

März 2008

Frank M. Fossen

**Would a Flat Tax Stimulate Entrepreneurship in Germany?  
A Behavioural Microsimulation Analysis Allowing for Risk**

When possible income tax reforms are debated, the suspected impact on entrepreneurship is often used as an argument in favour or against a certain policy. Quantitative ex-ante evaluations of the effect of certain tax reform options on entrepreneurship based on microeconomic research have not been provided by the literature, however. This paper estimates the ex-ante effects of the German tax reform 2000 and of two hypothetical flat tax scenarios on entries into and exits out of self-employment in Germany. For the estimation I apply a microsimulation model which is based on the tax-benefit model STSM and on structural microeconomic models of transitions into and out of self-employment. These structural models include an estimated parameter of risk aversion. The simulation results indicate that flatter tax systems do not encourage, but rather discourage people from choosing self-employment. This is explained by the reduction of entrepreneurs' income risk through progressive taxation.

**Discussion Paper No. 773**

April 2008

Elke Holst, Andrea Schäfer, Mechthild Schrooten

**Bringing Home the Money: Xenophobia and Remittances:  
The Case of Germany**

The determinants of migrants' remittances are the subject of this study based on German SOEP data (2001–2006). In contrast to previous studies we analyze the motives for remittances not only for foreigners but also for the broader group of individuals with a personal migration background. Major findings are: First, concerns about xenophobia lead to higher remittances. Second, income and gender has no impact on the probability to remit. Third, the acquisition of German citizenship is positively related to the amount remitted. All in all, remittances seem to be part of a personal financial allocation scheme for risk reduction.

**Discussion Paper No. 774**

April 2008

Alena Bicakova, Eva Sierminska

**Mortgage Market Maturity and Homeownership Inequality  
among Young Households: A Five-Country Perspective**

This paper uses the newly constructed Luxembourg Wealth Study data to document cross-country variation in homeownership rates and the homeownership-income inequality among young households in Finland, Germany, Italy, the UK and the US, and relate it to cross-country differences in mortgage market maturity. We find that aside from Italy, homeownership rates and inequality in the four countries correspond to their mortgage take up rates and its distribution across income, reflecting the different degree of development of their respective mortgage markets. In Italy, alternative ways of financing, such as family transfers, substitute the limited mortgage availability and explains the second highest homeownership rate in our sample, despite the lowest mortgage take up. The mortgage market in the UK is the most open and the most equal, which leads to the highest and most equally distributed homeownership in this country as well. The mortgage market in Germany is on the other side of the spectrum with very low mortgage take-up rates and strong dependence of homeownership and mortgage take up on household income. Finland and the US are in-between. Counterfactual predictions suggest that although household characteristics play some role in explaining the variation in home ownership rates across the five countries, it is mostly the country specific effects of these characteristics determined by the institutional environment as well as the functioning of the housing and mortgage markets that drive the main result.

**Discussion Paper No. 778**

April 2008

Jens Schmidt-Ehmcke, Petra Zloczynski

**Technology Portfolio and Market Value**

This paper discusses the impact of a firm's technology portfolio on its market value. Two concepts are used to characterize a firm's portfolio: the number of technological fields and the degree of relatedness within the portfolio characterized by the amount of joint occurrences of patents in technological fields. Based on a theoretical framework using an expanded Tobin's q approach, it presents evidence for a negative influence of portfolio size on the market value caused by a diminishing potential to make use of economies of scale. This discount can be counterbalanced when the relevant fields share a common technological base which is measured by the degree of technological relatedness.

**Discussion Paper No. 780**

April 2008

Die Volltextversionen der Diskussionspapiere liegen als PDF-Dateien vor und können von den entsprechenden Webseiten des DIW Berlin heruntergeladen werden ([www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/diskussionspapiere/26927.html](http://www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/diskussionspapiere/26927.html)).

The full text versions of the Discussion Papers are available in PDF format and can be downloaded from the DIW Berlin website ([www.diw.de/english/products/publications/discussion\\_papers/27539.html](http://www.diw.de/english/products/publications/discussion_papers/27539.html)).

## DIW Berlin, IZA Bonn und CEPR London laden ein zum Berlin Lunchtime Meeting

mit

**Prof. Dr. Joachim Weimann**, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

**Kommentar: Christian Schütte**, Financial Times Deutschland

**Moderatorin: Prof. Dr. Claudia Kemfert**, DIW Berlin

### **Die Klimapolitik-Katastrophe – Deutschland im Dunkeln der Energiesparlampe**

27. Mai 2008 (Dienstag!), 12.00 s.t. – 14.00 Uhr

DIW Berlin, Mohrenstr. 58, 10117 Berlin  
Schumpeter Saal, 1. OG

Die Vernunft gebietet, davon auszugehen, dass wir ein Klimaproblem haben. Die wirklich wichtige Frage ist nicht länger die nach den genauen Ursachen der Erderwärmung, sondern danach, welche Antwort wir auf die Bedrohung haben, die davon ausgeht. Gesucht ist die optimale Klimapolitik.

Die Kernthese des Vortrags lautet, dass wir von einer solchen weit entfernt sind. Wir verschwenden wertvolle Ressourcen in sinnloser Symbolpolitik und wenden die Instrumente einer rationalen Klimapolitik nur halbherzig und zaghaft an. Dabei missachten wir grundlegende ökonomische Zusammenhänge und gefährden dadurch den Erfolg internationaler Klimapolitik.

**Joachim Weimann** hat den Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre (Wirtschaftspolitik) an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg inne. Er ist Dekan der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft und Autor zahlreicher Veröffentlichungen, unter anderem des Lehrbuchs für Umweltökonomik: Eine theorieorientierte Einführung.

**Christian Schütte** ist seit 2003 Kommentarchef der Financial Times Deutschland. Er hat Volkswirtschaft und Politikwissenschaft in Köln und Harvard studiert, u.a. mit einem Schwerpunkt auf Umweltökonomie.

**Claudia Kemfert** leitet seit April 2004 die Abteilung Energie, Verkehr und Umwelt am DIW Berlin und hat den Lehrstuhl für Umweltökonomie an der Humboldt-Universität Berlin inne. Sie ist Beraterin von EU Präsident José Manuel Barroso im Rahmen der High level Group on Energy, externe Expertin für die Weltbank und die Vereinten Nationen, sowie offizielle Gutachterin des Intergovernmental Panel of Climate Change (IPCC).

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme an dieser Veranstaltung und bitten Sie, Ihre **verbindliche Anmeldung** bis spätestens **21. Mai 2008** via E-Mail an [events@diw.de](mailto:events@diw.de) zu senden.

**Die Veranstalter danken der Deutsch-Britischen Stiftung für Ihre großzügige Unterstützung.**

#### **Impressum**

DIW Berlin  
Mohrenstraße 58  
10117 Berlin  
Tel. +49-30-897 89-0  
Fax +49-30-897 89-200

#### **Herausgeber**

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann  
(Präsident)  
Prof. Dr. Georg Meran  
(Vizepräsident)  
Prof. Dr. Tilman Brück  
Dr. habil. Christian Dreger  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Prof. Dr. Viktor Steiner  
Prof. Dr. Gert G. Wagner  
Prof. Dr. Christian Wey

#### **Redaktion**

Kurt Geppert  
PD Dr. Elke Holst  
Carel Mohn  
Vanessa von Schlippenbach  
Manfred Schmidt

#### **Pressestelle**

Renate Bogdanovic  
Tel. +49 – 30 – 89789–249  
[presse@diw.de](mailto:presse@diw.de)

#### **Vertrieb**

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 7477649  
Offenburg  
[leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)  
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.  
Reklamationen können nur innerhalb  
von vier Wochen nach Erscheinen des  
Wochenberichts angenommen werden;  
danach wird der Heftpreis berechnet.

#### **Bezugspreis**

Jahrgang Euro 180,–  
Einzelheft Euro 7,–  
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer  
und Versandkosten)  
Abbestellungen von Abonnements  
spätestens 6 Wochen  
vor Jahresende  
ISSN 0012-1304  
Bestellung unter [leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)

#### **Satz**

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

#### **Druck**

Walter Grützmaier GmbH & Co. KG,  
Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung  
– auch auszugsweise – nur mit  
Quellenangabe und unter Zusendung  
eines Belegexemplars an die  
Stabsabteilung Kommunikation des  
DIW Berlin ([Kundenservice@diw.de](mailto:Kundenservice@diw.de))  
zulässig.

Gedruckt auf  
100 Prozent Recyclingpapier.



## Gegen die hohen Energiepreise hilft nur Unabhängigkeit vom Öl

von Claudia Kemfert\*

Die Energiepreise steigen unaufhörlich. Bei Bürgern wie bei Politikern sorgt dies für Unruhe. Politisch beliebt ist in Zeiten hoher Energiepreise immer der Ruf nach Steuersenkungen: Abschaffung der Ökosteuer, Senkung der Mehrwertsteuer für Energie, Wiedereinführung der vollen Pendlerpauschale, Einführung von Sozialtarifen für arme Haushalte usw. Doch all diese Vorschläge können das grundlegende Problem einer starken, zu starken Nachfrage nach weltweit begehrten Energieträgern nicht lösen, allenfalls verschieben.

Bei einer Senkung oder Abschaffung der Ökosteuer fehlt das Steueraufkommen, welches zur Reduktion der Rentenbeiträge benötigt wird – würde die Ökosteuer gesenkt, müssten die Rentenbeiträge erhöht werden. Die Beitragszahler würden damit letztlich stärker belastet als entlastet.

Eine Mehrwertsteuersenkung klingt attraktiv – zur Entlastung der Autofahrer würde sie vermutlich aber nicht führen: Entgegen verbreiteter Annahmen sind in Deutschland die Gewinnmargen der Mineralölkonzerne im Gegensatz zum europäischen Ausland vergleichsweise gering. Es liegt nahe, dass diese Margen im Falle einer Steuersenkung erhöht würden, der Benzinpreis somit kaum gesenkt werden würde. Der Verbraucher wäre kaum entlastet, das Geld würde vom Staatshaushalt in die Taschen der Konzerne fließen.

Es führt also kein Weg daran vorbei: Wir benötigen dringender denn je alternative Kraftstoffe und die Sicherstellung einer nachhaltigen Mobilität. Zur Erforschung alternativer Kraftstoffe benötigt man Zeit – und Geld. Dieses Geld kann nicht allein aus dem Staatshaushalt kommen, auch die Wirtschaft müsste ihren Beitrag leisten.

Eine Idee wäre, dass die Mineralölkonzerne einen bestimmten Beitrag ihres Gewinns in die Erforschung alternativer Antriebsstoffe stecken müssten – beispielsweise über eine Sondersteuer, wie sie in den USA immer wieder gefordert wird. Die Kraftstoffe der Zukunft müssen CO<sub>2</sub>-frei, sicher, aber auch bezahlbar sein. Das heißt aber auch, dass Kohleverflüssigung oder -vergasung keine Alternative darstellt, denn dadurch werden zu viele Treibhausgase freigesetzt. Biokraftstoffe der ersten Generation können sicherlich einen Beitrag leisten, wenn auch nur zu einem kleinen Teil. Sie sollten zumindest nachhaltig produziert werden und nicht in direkte Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion treten.

Zur Richtigstellung: Die derzeit sehr hohen Lebensmittelpreise sind nicht die direkte Folge der Förderung von Biosprit, sondern auf eine weltweit stark steigende Nachfrage, falsche Agrarpolitik und Spekulationen an den Börsen zurückzuführen. Die Automobilhersteller sollten sich darauf einstellen, zukünftig ausschließlich „flexible-fuel-Fahrzeuge“ anzubieten. In Schweden beispielsweise funktioniert dies ganz vorzüglich. Das Land hat sich entschlossen, in 20 Jahren völlig unabhängig vom Öl zu werden und setzt auf Biotreibstoffe der zweiten Generation, bei denen Energie aus der ganzen Pflanze gewonnen wird – die Wirtschaft unterstützt diesen Plan. Daran könnte sich Deutschland ein Beispiel nehmen.

\*Prof. Dr. Claudia Kemfert leitet die Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt im DIW Berlin